

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Redaktion: Braunschweig  
Schließfach 399  
Fernsprecher Nr. 2367

Nr. 4 - 22.5.46

National - international - nationalistisch

Versuch einer Begriffsklärung

Von Peter Raunau.

Man kann durchaus der Auffassung sein, dass es heute wichtigere Dinge gibt, als Begriffe zu klären. Ausserdem bleiben sie stets Auslegungssache, auch wenn man glaubt, sie noch so fest umrissen zu haben. Trotzdem sollte das Bemühen um grösstmögliche Klarheit auch hier nicht nachlassen. Der Nationalsozialismus hat gezeigt, wie wichtig es ist, dazu möglichst viele Menschen sich eine feste eigene Meinung über die gangbarsten politischen Begriffe bilden oder, besser, wie ungeheuer gefährlich, wenn sie es nicht tun. Schon die Firmenbezeichnung der Nazis war eine äusserst geschickte Spekulation auf die Verwirrenheit der politischen Vorstellungswelt im deutschen Volk. Welcher gute Deutsche hätte damals nicht "national" sein wollen? Und "sozialistisch" schliesslich auch noch, zumal in bürgerlichen Kreisen die Hoffnung grosse war, dass dabei doch kann mehr als ein unverbindliches Bekenntnis zu einer sozialen Hilfstellung für die ärmeren Volksschichten herauskommen würde. Diese Kombination der Begriffe national und sozialistisch war ein geschickter Trick, an dem die Notwendigkeit rechtzeitiger Begriffserklärung ganz allgemein deutlich wird.

"Wir begrüssen jeden, der aus einer ganz anderen sozialen Klassenlage zu uns kommt", hat Dr. Schumacher in Hannover gesagt. Besonders aus diesen Kreisen wird aber immer wieder neben der Gretchenfrage nach der sozialistischen Einstellung zu Religion und Privatbesitz die Gewissensfrage nach dem Verhältnis der SPD zum Begriff des Nationalen gestellt. Auch darauf ist in Hannover klar geantwortet worden: ein neues Deutschland würde seine höchste Aufgabe darin sehen, ein Bestandteil der Vereinigten Staaten von Europa zu werden. Darum gälte es, nicht Teile von Deutschland und Europa, sondern den ganzen Kontinent zu internationalisieren. Selbstverständlich müssten die wirtschaftlichen Kräfte des Ruhrgebietes zum Wiederaufbau der zerstörten Wirtschafts Gesamteuropas beitragen, aber auch Deutschland und vor allem die deutsche Arbeiterbewegung beanspruchten ihren Teil an der Kontrolle dieser Kräfte. Allerdings dürfe der verständliche Wunsch nationaler Behauptung nicht zu dem trüben Mut ausarten, aus diesen Forderungen ein Instrument nationalistischer Propaganda zu machen. Dem Nationalismus werde die Sozialdemokratie niemals einen Unterschlupf gewähren oder Zugeständnisse machen. Eine

deutsche Politik sei nur möglich mit der Internationale gegen jeden Versuch einer nationalistischen Reaktion von rechts oder links.-

Es ist in diesem Zusammenhang auch das Wort von dem "Wiederaufleben des sozialistisch getarnten Nationalismus" gefallen, dessen Parolen heute grosse Gebiete Ost- und Mitteld Deutschlands überschwemmen. "Schon diese nationalistische Tendenz genügt für die Sozialdemokratie, um die Bestrebungen der sozialistischen Einheitspartei abzulehnen", hiess es in Hannover. Auch wird man heute wieder peinlich von der Erinnerung daran berührt, dass in der hinter uns liegenden Zeit die nationalistischen Parolen bis zur grössten Lautstärke besonders dann gesteigert wurden, wenn die sozialistische Wirklichkeit für die Massen immer trüber auszusehen begannen. Deutsch und europäisch zu bleiben, ist also der Grundsatz der SPD. Das heisst, sie stellt das Nationale ("das Bewusstsein der Selbständigkeit einer Kultur") als Selbstverständlichkeit und das Internationale als Forderung und Ziel eng nebeneinander.

Geschicht das, dann braucht zur Abrundung des Bildes eigentlich nur noch gesagt zu werden, dass der Begriff des Nationalistischen gerade von der SPD ganz entschieden abgelehnt wird, man kann heute sagen, am nachdrücklichsten von allen Parteien. Das Selbstverständliche des Begriffes national, also des einfachen Bekenntnisses zum eigenen, bei gleichzeitiger voller Achtung des fremden Volkstums ist in Deutschland während der vergangenen Jahrhunderte immer wieder ins Nationalistische, zu dem Irrglauben einer besonderen Sendung, zu einer Übersteigerung der Vorstellung vom eigenen Wert, zu einem äusserlichen Machtanspruch ungeprägt worden. Es war einer der raffiniertesten Schachzüge der Propaganda des dritten Reiches, dass sie den Boden für solche Neigungen durch die Behauptung eines angeblichen Mangel in Gegensatz zu dem angeblich selbstverständlichen Nationalbewusstsein etwa der Engländer oder Franzosen stellte. Die Spekulation war teuflisch, denn dadurch erst wurde jene deutsche Überheblichkeit gezüchtet und trieb jene Blüten, an deren giftigen Früchten Millionen zugrunde gingen und heute ganz Deutschland totkrank darniederliegt.

Ist also nach sozialistischer Auffassung schlichtes und einfaches Nationalbewusstsein nur natürlich und ist das Bekenntnis zum Internationalismus gleichzeitig Tradition und Aufgabe von hoher geschichtlicher Bedeutung, so ist auf der anderen Seite jede nationalistische Tendenz scharf abzulehnen. Man braucht nicht zu fragen, wo die Grenzen der drei Begriffe in einzelnen liegen. Das ergibt sich für den, der die Augen offen hat und die Dinge so sehen will, wie sie sind, von Fall zu Fall von selbst. Hier gibt es keine unbedingt verbindliche Maßstäbe. Wohl aber gibt es Richtlinien des gesunden Menschenverstandes, auf die es zuletzt immer ankommt. Sie zeigen dem, der guten Willens ist, deutlich genug, wo der gefährliche Nationalismus oder sogar der Chauvinismus beginnt, wo andererseits die Gemeinsamkeiten der nur scheinbaren gegensätzlichen Begriffe des Nationalen und Internationalen liegen. Von Strossmann, der gewiss kein Sozialist, aber ein guter Deutscher und ein eben so guter Europäer war, stammt die Bemerkung: "Die Internationale ist im Grunde nur die Summe aller guten Patriotismen." -

## Gemeindesozialismus

Von Max Peters

Es wäre eine gefährliche Illusion, zu glauben, dass die sozialistische Gesellschaftsordnung eines Tages, sozusagen über Nacht, den Menschen in den Schoß fallen würde. Die Geschichte lehrt, dass die Entwicklung zu einer sozialistischen Gesellschaft ein Prozess ist, dessen Gang von dem Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Macht und Kraft derer abhängt, die den Sozialismus wollen. In vielgestaltiger Form und auf verschiedenen Wegen ist die Entwicklung zum Endziel einer geschlossenen sozialistischen Gesellschaft unter zäher Arbeit vorwärts zu treiben.

Die klassenbewusste Arbeiterschaft hat mit der Durchsetzung ihres Willens zum Sozialismus niemals und nirgends gewartet bis der Kapitalismus vollständig darniederlag. Sie hat in Schoße der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine neue Form der Produktion, die sozialistische, überall da durchgesetzt, wo sie die Macht dazu hatte. In den Gemeinden war ein verhältnismässig geringer Widerstand zu überwinden. Auch die Nichtsozialisten mussten erkennen, dass der Schutz vitaler Interessen der Bevölkerung am besten durch die Gemeinde gewährleistet ist. Niemand konnte sich der Einsicht entziehen, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas, elektrischem Licht und elektrischer Kraft am besten von den Gemeinden oder dem Gemeindeverband unter Ausschluss kapitalistischer Profitinteressen erfolgen könne. Auch das Verkehrswesen ist schon frühzeitig von Gemeinden und Städten in Angriff genommen worden. Es bot den Einwohnern nicht nur eine billige Verkehrsmöglichkeit, es trug auch zur Erschliessung un bebauter Gegenden bei. Das Grundprinzip einer sozialistischen Wirtschaft, der Befriedigung eines Bedürfnisses zu dienen ohne Rücksicht auf Gewinn, tritt besonders deutlich im Verkehrswesen zutage. Die gemeindlichen Verkehrsbetriebe haben ihr Netz auch dahin ausgebaut, wo vorerst noch kein Verdienst winkte, wo aber ein Bedürfnis der Bevölkerung vorlag. Initiative und Kapital sowie billiger Boden durch die Gemeinden liessen die grossartigen Wohnungssiedlungen an der Peripherie der Großstädte entstehen, die in ihrer Anlage und hygienischen Ausrüstung eine Wohnkultur für die ärmeren Schichten der Bevölkerung schufen. Auch städtische Schlachthöfe und gemeindliche Lagerstätten für die Lebensmittelversorgung und -verteilung sind heute selbstverständliche Einrichtungen geworden. Schliesslich sind in diesem Zusammenhang noch die kommunalen Wohlfahrts- und Bildungsanstalten zu nennen. Wenn sie auch keine Produktionsstätten sind, so ist bei ihnen das sozialistische Prinzip unverkennbar. Die drei Grundsätze einer sozialistischen Produktion: 1. Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, 2. Produktion in eigener Regie unter Ausschaltung privater Unternehmer, 3. Produktion zur Erfüllung eines Bedürfnisses und nicht für den Markt, finden auch auf sie in übertragenem Sinne Anwendung.

Die Überlegenheit kommunalisierter Betriebe gegenüber der privaten Wirtschaft ist längst durch die Tat erwiesen. Freilich lässt sich nicht jeder Wirtschaftszweig kommunalisieren. Es muss zunächst ein Bedürfnis dafür vorhanden sein. Ferner, und das ist unerlässliche

Voraussetzung, dürfen die gemeindlichen Betriebe nicht von bürokratischen Beamten geleitet werden. Die kaneralistische Buchführung, die in der Kommunalverwaltung üblich ist, ist für die Wirtschaftsbetriebe hemmend und unbrauchbar, weil sie zu starr ist. Kaufmännische Buchführung und Grundsätze, die eine Beweglichkeit und eine erforderliche Umstellung des Betriebes jederzeit ermöglichen, sowie eine ständige Überwachung und Kontrolle der Wirtschaftlichkeit des Betriebes gestatten, müssen für die Wirtschaftsbetriebe der Kommune massgebend sein. Bürokratismus und kapitalistische Methoden dürfen bei der Bedarfswirtschaft der Gemeinden nicht zum Durchbruch kommen. Durch die Mitwirkung der Betriebsräte und der Vertreter der demokratischen Wählerschaft ist die Gewähr gegeben, dass derartige Einflüsse, die früher manchen kommunalen Betrieb diskreditiert haben, verhindert werden. Alle Angestellten und Arbeiter von der höchsten Spitze bis zum einfachsten Handlanger müssen von dem Pflichtbewusstsein der Allgemeinheit gegenüber erfüllt sein. Dank der guten Arbeitsbedingungen und der sozialen Leistungen der gemeindlichen Betriebe werden sie sich auf die besten und tüchtigsten Arbeiter stützen können. So werden die höheren Anforderungen, die an die in öffentlichen Dienst Tätigen gestellt werden müssen, auch von ihnen leicht erfüllt werden können.

Übrigens ist Bürokratismus kein Reservatrecht der Behörden. Er ist lediglich die Folge von unzulänglichen Menschen. Es gibt private Unternehmungen, die bürokratischer verwaltet werden und bei denen die Verwaltungs- und Personalkosten verhältnismässig höher sind als bei behördlichen Betrieben.

Der Gemeindesozialismus, der in vielen Städten schon umfangreiche Formen angenommen und sehr segensreich für die Bevölkerung gewirkt hat, ist erst ein Teil der zu erstrebenden vollkommenen sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Der Verfasser war vor 1933  
Bürgermeister einer Landge-  
meinde und 12 Jahre Stadtrat  
in Berlin.

#### Antwort an einen Kommentator

spd. Wenige Tage nach Abschluss des Parteitages der SPD in Hannover sprach im Londoner Sender ein Kommentator zu diesem Ereignis. Seine Bemerkungen waren stark kritisch: zu lebhaften Diskussionen sei es nicht gekommen, nur bei der Magen- und Jugendfrage sei man lobhafter geworden. So grundlegende Probleme wie das Verhältnis zwischen Materialismus und Ethik oder zwischen Föderalismus und Zentralismus hätte man kaum berührt. Die geistig massgebenden Referate hätten Sozialdemokraten aus der Emigration gehalten. Offenbar seien vielen Deutschen nach zwölf Jahren Unterdrückung demokratischer Einrichtungen die Flügel zu höherem Gedankenflug noch nicht gewachsen. Es heisse für die deutschen Demokraten bis auf weiteres: Lernen, lernen, lernen!

Dazu ist zu bemerken: Der englische Sprecher war wenig zuverlässig unterrichtet. Es ist in Hannover zu sehr lebhaften Dis-

kussionen gekommen. Wenn sie in wesentlichen der polemischen Note entbehrten, so liegt das einfach an dem erfreulicherweise sehr hohem Mass innerer Übereinstimmung in der SPD. Die "Magen- und Jugendfragen" sind nach Ansicht der SPD im Augenblick tatsächlich sehr viel dringender und wichtiger als höherer Gedankenflug und noch so interessante Problemstellungen und Theorien. Im Übrigen hat es auch daran nicht gefehlt. Von den beiden Referaten wurde keines von einem Vertreter der Emigration gehalten, in der Diskussion sprach nur ein ehemaliger Emigrant und vielen anderen Rednern. Es ist peinlich, dass der Londoner Rundfunkkommentator sich solche handfesten Berichtigungen gefallen lassen muss.

Im Übrigen hatte man beim Anhören des Kommentars aus London den Eindruck eines Wunsches nach Kritik - um jeden Preis. Es ist die alte Sache: Falsch auf jeden Fall. Wären in Hannover in scharfer und polemischer Form Grundprobleme diskutiert worden, so hätte es wohl geheißen: Die Deutschen sind unfähig praktisch zu denken, unfähig über höheren Gesichtspunkten kleinen Streit zu vergessen. Andersherum aber wird ein angeblicher Mangel an solchen Diskussionen als Mangel an demokratischem Geist ausgelegt. Wir sind bereit zu lernen, wo es notwendig ist, ganz gewiss. Aber man beginnt doch daran zu zweifeln, dass das kürzlich aus anderem Anlass gefallene Wort, das ein englischer Offizier sprach, etwas weniger ausgeprägtes Selbstbewusstsein würde den Charme der Deutschen erhöhen, ausschliesslich auf Vertreter unserer jungen Demokratie anwendbar ist. Ein Zweifel, der auch in der Bremer Rede Dr. Schumachers deutlich durchklang.

-----

#### Von neuem: Reichsreform

-----

spd. In Süddeutschland ist die Reorganisation der Reichsteile in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch fast unmerklich vor sich gegangen. Bayern blieb unberührt, Württemberg und Baden gliederten sich zusammen, Gross-Hessen entstand aus dem früheren Hessen-Darmstadt und aus preussischen Teilen. In Norddeutschland geht die Entwicklung langsamer, und Bestrebungen auf eine klare Durchgliederung nach wirtschaftlichen und stammesmäßigen Gesichtspunkten begegnen manchen Schwierigkeiten. Es tauchen die Begriffe Zentralismus, übertragene Ministerialbürokratie, übertriebener Föderalismus, Eigenbrödelei, missverstandene Originalität und ähnlicher erneut auf. Sie sind aus früheren Jahren, als die Reichsreform bis zum Überdruß diskutiert wurde, nur zu bekannt.

Dennoch geht es in Norddeutschland voran. Die Presse hat begonnen, das Thema so zu erörtern, dass praktische Ergebnisse auch in der Klärung der öffentlichen Meinung zu erwarten sind. Inzwischen ist Schaumburg-Lippe in die Provinz Hannover eingegliedert worden. Der Oberpräsident von Hannover, Dr. Kopf, bezeichnete diesen Vorgang als Beginn einer neuen fruchtbaren Entwicklung. Es sind Bestrebungen im Gange, aus der Provinz Hannover und den Ländern Oldenburg und Braunschweig ein Land Niedersachsen zu bilden, Bestrebungen, die mit den alten Welfenzielen nichts gemein haben, sondern die aus der Tatsache entsprangen, dass Preussen nicht mehr existiert und nicht wieder erstehen darf. Im Norden der britischen Zone bemühen sich einflussreiche Kreise um die Bildung eines Landes Schleswig-Holstein mit Einschluss von Lübeck. In Nordwesten wird die Schaffung eines

Landes Weser-Ems mit Bremen, Oldenburg und mit den bisher hannoverschen Regierungsbezirken Aurich und Stade erörtert. Westfalen soll eine eigene staatliche Abgrenzung erhalten, wobei diskutiert wird, ob das Ruhrgebiet diesem Lande eingegliedert werden sollte oder der Nord-Rheinprovinz und ob Westfalen Teile seines östlichsten Bezirkes zweckmässig an Hannover abgeben müsste.

Die Tatsache, dass Preussen nicht mehr besteht, wird auch in der russischen Zone durch die betonte Selbständigkeit der dort geschaffenen Teile des Ganzen unterstrichen. Es ist nicht klar, ob man diese Teile richtiger Länder oder Provinzen nennt, und Konner der Praxis in der sowjetischen Zone plädieren dafür, neben dem Land Mecklenburg-Vorpommern das Land Brandenburg, das Land Sachsen, das Land Thüringen und - nun freilich entstehen Sprachschwierigkeiten - die ehemalige Provinz Sachsen als Land Sachsen-Anhalt oder als Elbland zu bezeichnen.

Es ist noch nicht abzusehen, welches Ergebnis die Entwicklung in Norddeutschland haben wird. Das freilich ist klar, dass alle Kräfte, die auf deutscher Seite bestrebt sind, die Möglichkeit einer neuen Organisation des Reichsganzen auszunutzen, sich bemühen, dabei die Tatsache der Zonengrenzen nicht als bestimmend für die endgültige Form der Glieder des Reiches anzunehmen. Es besteht offenbar keine Meinungsverschiedenheit darüber, dass diesmal die Reichsreform ernsthaft verwirklicht werden muss und dass bei einer Neugliederung Deutschlands allein die Vernunft, das heisst, die wirtschaftliche, kulturelle und bevölkerungsmässige Gesichtspunkte die Entscheidung bestimmen müssen. Nach aller Voraussicht steht mindestens für die britische Zone eine Entscheidung bevor, die jedoch vielleicht nur die Voraussetzungen für die endgültige Gliederung im Nordwesten des Reiches dadurch schaffen wird, dass sie das Nichtvorhandensein Preussens feststellt, also die Konstituierung der bisherigen Provinzen als Länder provoziert und den in Nordwestdeutschland überlieferten kleineren Gebilden die Chance bietet, durch Staatsverträge, also auf dem Wege über die demokratische Willensäusserung der Bevölkerung, leistungsfähigere Länder zu organisieren. Einen Schritt auf diesem Wege bedeutet das Bestehen des "Gebietsrat Niedersachsen", der soeben seine siebente Sitzung abgehalten hat, und der aus dem Oberpräsidenten der Provinz Hannover, dem Ministerpräsidenten der Länder Braunschweig und Oldenburg und dem Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen besteht. Er berät über gemeinsame Massnahmen, die in den vier Teilen des Gesamtgebietes Niedersachsen gleiches Recht setzen sollte. Vielleicht ist das in diesen Tagen zum erstenmal erscheinende "Amtsblatt für Niedersachsen" das erste sichtbare Zeugnis für das Werden eines neuen Staatsgebildes in Norddeutschland.

**Anmerkung:** Wenn Autoren-Angaben künftig eingeklammert sind, soll damit zum Ausdruck gebracht werden, dass den Redaktionen die Nennung des Autorennamens anheingestellt wird.

Verantwortlich für Herausgabe und Inhalt: Fritz Hänger, Braunschweig